

Dekret zum Gesetz über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrats (Geschäftsordnung des Landrats)

Änderung vom 13. Januar 2022

Der Landrat des Kantons-Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 131.1, Dekret zum Gesetz über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrats (Geschäftsordnung des Landrats) vom 21. November 1994 (Stand 1. Juli 2020), wird wie folgt geändert:

§ 69 Abs. 1 (geändert)

¹ Petitionen werden von der Petitionskommission oder von der Geschäftsleitung vorberaten. Beziehen sie sich auf hängige Sachgeschäfte oder auf die Geschäftsführung der kantonalen Verwaltung bzw. der Gerichte, so können sie an die zuständige Kommission oder an die Ombudsperson gewiesen werden.

§ 69a Abs. 1 (geändert)

Koordination mit der Ombudsperson (Überschrift geändert)

¹ Gelangt eine Person mit einem Anliegen an den Landrat oder an eine seiner Kommissionen, das auch den Zuständigkeitsbereich der Ombudsperson berührt, ist das Vorgehen im Sinn von § 8a des Ombudsgesetzes¹⁾ zu koordinieren.

1) SGS 160

II.

Der Erlass SGS 150.1, Dekret zum Personalgesetz (Personaldekret) vom 8. Juni 2000 (Stand 1. Januar 2020), wird wie folgt geändert:

§ 32a Abs. 1

¹ Den weiteren vom Landrat gewählten Funktionsträgerinnen und -trägern werden folgende Lohnansätze zugewiesen:

c. **(geändert)** der Ombudsperson gemäss Anhang II Ziff. 2 Ansatz D2,

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Teilrevision tritt am 1. April 2022 in Kraft.

Liestal, 13. Januar 2022

Im Namen des Landrats

die Präsidentin: Steinemann

die Landschreiberin: Heer Dietrich